

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstg. 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

## Mosciski Polens neuer Präsident.

### Die Sozialisten gaben den Ausschlag.

Warschau, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im zweiten Wahlgang haben die Sozialisten für Mosciski gestimmt. Er wurde mit 276 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Mosciski hat die Wahl angenommen und wird heute abend den Eid auf die Verfassung leisten.

#### Die endgültigen Ziffern.

Warschau, 1. Juni. (WTB.) Im zweiten Wahlgang der Wahl zum polnischen Staatspräsidenten erhielten Mosciski 281 Stimmen, Bainski 200, Marek 1 Stimme. Außerdem wurden 63 weiße Zettel abgegeben.

#### Das Ergebnis des ersten Wahlganges.

Warschau, 1. Juni. (WTB.) Bei der Präsidentenwahl im Sejm erhielten im ersten Wahlgang: Mosciski 215 Stimmen, Bainski 211, Marek 56 Stimmen, außerdem wurden 63 weiße Zettel abgegeben. Es ist ein zweiter Wahlgang notwendig geworden, in dem die Sozialisten wahrscheinlich ebenso wie ein Teil der Ukrainer für Mosciski stimmen werden.

#### Die Klärung am gestrigen Abend.

Warschau, 1. Juni. (WTB.) Die politische Lage hat sich gestern in den späten Nachtstunden zu klären begonnen. Sie stellt sich augenblicklich folgendermaßen dar: Der Block der drei rechtsstehenden Parteien wird für den gestrigen Präsidentenwahlkandidaten der Nationaldemokraten, den Polen Wojewoden Bainski, geschlossen seine Stimme abgeben. Die Mittelparteien, die polnische Linkt, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, die Juden und wahrscheinlich auch ein Teil der deutschen und slowakischen Minderheit werden den von Marschall Pilsudski empfohlenen Kandidaten, Prof. Ignaz Mosciski, unterstützen, hingegen haben die Sozialdemokraten angesichts des Verzichtes Pilsudskis sich entschlossen, einen eigenen Kandidaten in der Person des Abg. Marek aufzustellen. Auch die Kommunisten und die ihnen nahestehenden Zwergeparteien radikalen Charakters sind entschlossen, in dem Abg. Fiderkiewicz einen Kandidaten aufzustellen.

So erscheint es unwahrscheinlich, daß im ersten Wahlgang einer der vorgezeichneten Kandidaten die erforderliche absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhält, so daß ein sofortiger zweiter Wahlgang notwendig sein wird, bei dem die Sozialdemokraten, der Ankündigung der heutigen „Robod-

nik“ gemäß, den Kandidaten der Linken und des Zentrums unterstützen würden. In den Kreisen der Linken rechnet man infolgedessen mit einem Siege Prof. Ignaz Mosciskis.

#### Militärzensur des Telephons.

Danzig, 1. Juni. (WTB.) Seit gestern ist für Ferngespräche in Warschau die Militärzensur wieder eingeführt. Berichterstattung deutscher Zeitungen wurden wiederholt in ihren Telefongesprächen unterbrochen und zum Gebrauche der polnischen Sprache aufgefordert. Verschiedene derartige Gespräche sind einfach getrennt worden, obwohl der ganze Verlauf des gestrigen Tages in Warschau keinerlei Rechtfertigung für derartige Maßnahmen bietet.

Polens neuer Staatspräsident ist politisch wenig hervorgetreten. Er ist Professor der Technischen Hochschule in Lemberg und technischer Leiter der ehemals deutschen Stickstoffwerke Chorzow in Oberschlesien. Er war früher Mitglied der Sozialistischen Partei, gehört aber seit einiger Zeit einer politischen Partei nicht mehr an. Wollte man deutsche Begriffe auf ihn anwenden, so wäre er als linksstehender Demokrat zu bezeichnen. Durch Beruf, politische Einstellung und die Freundschaft mit Pilsudski ähnelt er Polens vorzeitigem Staatspräsidenten, Narutowicz.

Mit der Wahl des neuen Präsidenten ist Polens Staatskrise hoffentlich überwunden. Nachdem in der Abwehr der Reaktion Marschall Pilsudski und die demokratischen Kräfte des Landes zur Sanktionierung des Staatsstreiches sich zusammengeschlossen hatten, haben die gesetzgebenden Körperschaften Polens den Weg zur verfassungsmäßigen Lösung der inneren Konflikte wiedergefunden. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahl sollte in ganz Polen das Vertrauen auf den republikanischen Staat stärken. Mit der Wahl des neuen Staatsoberhauptes scheint die Gefahr des Separatismus gebannt. Je gefestigter Polen aus seinen Verfassungstreuen hervorgeht, um so mehr Freiheit werden sich die im polnischen Reiche zusammengefaßten Nationen und Minderheiten eringen können.

In den großen wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen, die Polen in der nächsten Zeit bevorstehen, bedeutet freilich die nun eben überwundene Staatskrise nur eine Episode. Aber diese Episode besagt, daß die fortschrittlichen und sozialistischen Kräfte ihre Machtpositionen im polnischen Staate gestärkt haben.

## Nur um die Schule?

Zum 6. Juni.

Von Dr. Richard Lohmann.

Mitten hinein in das Ringen um den Volkentscheid fallen die Neuwahlen zu den Elternbeiräten in Preußen. Und manch einer empfindet dieses Zusammentreffen als eine unliebsame Störung der gewaltigen politischen Entscheidung: „Ein kleines Gefäßchen in Großkampftagen — es lohnt sich nicht, Kraft und Mühe darauf zu verschwenden!“ Das ist die gefährliche Einstellung, die es mit aller Macht zu bekämpfen gilt, wenn wir nicht den Begnern einen leichten Sieg am 6. Juni zuschanzen wollen.

Wir wollen vielmehr die Zufälligkeit der äußeren Verbindung zwischen beiden Entscheidungen zum willkommenen Anlaß nehmen, um die innere Verbindung klarzulegen, um den breiten Massen des schaffenden Volkes zu zeigen, daß der Kampf um die Elternbeiräte nicht mehr und nicht weniger als ein Stück des großen Befreiungskampfes des Proletariats ist, daß alle entscheidenden Fragen der Tagespolitik auch hier mit zur Entscheidung stehen.

Wir sind die letzten, die die Bedeutung eines solchen Teilkampfes überschätzen. Die Elternbeiräte in ihrer jetzigen Gestalt und mit ihrem jetzigen Aufgabekreis haben an allen Schulen des alten Systems nur eine vorbereitende, noch keine richtunggebende Bedeutung. Und den sozialdemokratischen Mitgliedern in vielen dieser Korporationen fällt — wie bisher, so auch in der nächsten Zukunft — die undankbar erscheinende Rolle des Wählers und Wärmers, des Kritikers und Anflägers zu. Aber alle großen Bewegungen der Weltgeschichte, jeder Fortschritt der Menschheit, jeder Kampf gegen Fesseln und Ketten der Vergangenheit — sie beginnen nun einmal naturgemäß mit der Opposition. Und wer die Opposition für überflüssig erachtet, freiwillig auf sie verzichtet, der verzichtet auch auf den Fortschritt der Bewegung überhaupt.

Wir täuschen uns nicht darüber, daß der kulturpolitische Flügel unserer Bewegung am langsamsten marschiert, daß er auf die stärksten Hindernisse stößt, die Geschichte und Tradition, die jahrtausendlang allgemeine Mächte der Vergangenheit aufgestützt haben. Aber wir vergessen dabei nicht, daß dieser Flügel trotzdem der wichtigste der gesamten Linie ist, daß alle politischen und wirtschaftlichen Erfolge Stückwerk sind, so lange wir sie auf einem wesenfremden kulturellen Boden erringen müssen.

Es ist gut, wenn wir ungeduldig an dieser Verkettung rütteln. Es ist gut, wenn wir klar sehend den Widerspruch empfinden: Während die Partei beim Volkentscheid ernsthaft und mit berechtigter Siegeszuversicht um die Zustimmung der Mehrheit aller Wahlberechtigten ringt, kämpft sie auf kulturpolitischem Gebiete um ein paar Sitze in beratenden Körperschaften. Es gilt aber, die richtige Folgerung aus diesem Widerspruch zu ziehen: Nun erst recht mit aller Macht hinein in den Kampf um die Schule! Und es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn die Partei nicht gerade in diesem Augenblick höchster politischer Spannung die Stimmen aufbringt, um die Elternbeiräte für sich zu erobern!

Wir wissen, daß die deutsche Republik noch längst nicht auf einem Felsen von Erz ruht. Sonst bedürfte es keines Volkentscheids, um die Frage der Fürstenabfindung zu regeln. Aber von allen offenen und verstedten Begnern der Republik ist keiner so gefährlich wie der, der aus der heranwachsenden Jugend die Waffe gegen die Republik schmieden möchte: Die monarchistische Lehrerschaft an den Schulen der deutschen Republik, die — das Schlagwort von der „Entpolitisierung der Jugend“ auf den Lippen — „vaterländische“ Hehpropaganda in der Schule treibt. Wir haben kein anderes Mittel der Abwehr als den entschiedenen Willen republikanischer gesinnter Eltern und ihre Vertretung durch den Elternbeirat. Aber — wie seltsam! — diese wichtigste politische Frage des Tages findet in der Struktur des Wahlkampfes um die Elternbeiräte überhaupt keinen Ausdruck. „Christlich-unpolitisch“ heißt die bürgerliche Parole. Wo sind die republikanischen Parteien des Bürgertums? Stimmen sie geschlossen für die „unpolitische“, also antirepublikanische Liste „Schulaufbau“?

Offene Fragen. Fragen, die so recht deutlich zeigen, wie es die Reaktion verstanden hat, auf kulturellem Gebiete die Kampffront zu verschleiern. Unpolitisch und christlich — als wenn das die beiden Anker wären, an denen das Heil der Schule unserer Tage, vielleicht sogar der Schule der Zukunft hinge! Eine klug zurechtgestuhnte Parole. Der Kleinbürger schreckt der Entchristlichung der Schule, der „religionslos“ heranwachsenden Jugend, die das vierte Gebot nicht mehr kennt, wird herangeholt — und alles andere verschwindet im Schatten dieses Popanzes. Nichts mehr von staatsbürgerlicher Erziehung, nichts mehr von Erziehung im Geiste der Völkerverständigung. Nichts mehr vom gleichen Anrecht aller Kinder an eine ihren Ansagen gemäße Ausbildung. Nichts mehr von sozialem Ausgleich durch Verbreiterung der Grundschule. Nichts mehr von Aufbauschulen. Nichts mehr von freier Vermitteln, von Schulpflicht, von ärztlicher Fürsorge. Noch viel weniger natürlich auch nur ein Wort von der Abschaffung der Prügelstrafe, von einer Erziehung im Geiste der Selbstverantwortung, von Gemeinschaft und Persönlichkeit.

## Deutsche Mietertagung.

### Für eine soziale Wohnungsreform.

Der Bund Deutscher Mietervereine, Sitz Dresden, hielt in Köln seinen 21. ordentlichen Deutschen Mietertag ab. Die aus allen Teilen des Reiches stark besuchte Tagung wurde mit einer Sitzung des Bundesauschusses eröffnet, in der nach Erledigung einer Reihe von Organisations- und Verwaltungsangelegenheiten Baumeister Seidler-Dresden zur Wohnungswirtschaft folgende Leitsätze vorlegte, denen der Bundesauschuß einstimmig zustimmte:

1. Die Wohnungsverhältnisse der minderbemittelten und untermittelten Volksschichten waren in Deutschland schon vor dem Kriege unbefriedigend.
2. Die privatkapitalistische freie Wohnungswirtschaft hatte nicht vermocht, die breiten Volksschichten zu erschwinglichen Mieten in gesundheitlich und kulturell einwandfreien, in räumlicher Beziehung zulänglichen Behausungen befriedigend unterzubringen.
3. Eine wirkliche Erlösung aus der noch immer wachsenden Wohnungsnot kann nur eine großzügige soziale Wohnungsreform bringen.
4. Die soziale Wohnungsreform bedarf jedoch nicht nur vorübergehend, sondern dauernd in starkem Ausmaße zinsloser Baugelder und Hypotheken und kann nur auf gemeinnütziger Grundlage gedeihen.
5. Als dauernd stehende Geldquelle sind dazu die Wohnungsbauämter der Hauszinssteuer für alle Zukunft sicherzustellen.
6. Für die Wohnungsversorgung der breiten Bevölkerungsmassen ist der private Unternehmerbau nicht geeignet. Er ist durch den gesellschaftlichen Wohnungsbau auf gemeinnütziger Grundlage zu ersetzen.
7. Ein tätiges Eingreifen der Mieterorganisationen in die praktische Wohnungsfürsorge ist dringend erwünscht. Die Gründung neuer Baugenossenschaften dient solchen Zwecken indessen nicht.
8. Nicht die Gründung neuer Organisationen, sondern eine Zusammenfassung der bestehenden ist geboten.
9. Alle am Volkswohnungsbau interessierten wirtschaftlichen Organisationen der Mieter, Siedler, Baugenossenschaften, Kleingärtner, Kriegsbeschädigten, Kinderreichen, Bodenreformer und im besonderen Maße sämtliche Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sollten sich unter einem Dach, am zweckmäßigsten in der Rechtsform der G. m. b. H. zu gemeinsamer praktischer Wohnungsfürsorge zusammenschließen.

Am zweiten Tage sprach in einer öffentlichen Tagung Dr. Damaschke-Berlin über die Veredelung der Hauszinssteuer im Rahmen des geplanten Bodenreformgesetzes. Eine Entschließung, die einstimmig Annahme fand, spricht den Abgeordneten, die am 5. Mai im Reichstag für das Bodenreformgesetz gestimmt haben, den Dank des Bundestages aus. Sie verlangt ferner die Entlastung der Klein- und Mittelwohnungen von der Hauszinssteuer und als Ersatz für diesen Ausfall eine stärkere Befastung der größeren Wohnungen.

## Mehr Schachwechsel bei der Reichsbank.

### Zustimmung der Reparationskommission.

Um der Reichsfinanzverwaltung die Möglichkeit zur Ausgabe eines begrenzten Betrages kurzfristiger Schachwechsel zu geben, hat die Reichsregierung im Einvernehmen mit der Reichsbank eine Abänderung einzelner Vorschriften des Bankgesetzes in Aussicht genommen und ist wegen dieser Aenderung mit der Reparationskommission in Fühlung getreten. Nachdem die Reparationskommission sich mit dem Vorschlag einverstanden erklärt hat, wird die Reichsregierung nunmehr den gesetzgebenden Körperschaften eine entsprechende Vorlage zugehen lassen, sobald der Generalrat der Reichsbank zu dieser Frage abschließend Stellung genommen hat.

Natürlich handelt es sich bei dieser Erweiterung der Begebung von Schachwechseln bei der Reichsbank nur um die augenblickliche Befriedigung vor vorübergehendem Kasienbedarf, für den die steuerliche Deckung bereits vorhanden ist. Wenn diese steuerliche Deckung immer vorhanden ist, ist jeder Gedanke, die Maßnahme könnte irgendwo inflationistisch wirken, absolut abwegig. Daß die steuerliche Deckung für jede Reichsausgabe jederzeit vorhanden ist, darüber hat die Öffentlichkeit natürlich aufs strengste zu wachen.

## Reichsbannertag in Siehen.

### Eine mächtige republikanische Kundgebung.

Siegen, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Universitätsstadt Siegen fand am Sonnabend und Sonntag unter ungeheurer Beteiligung der Bevölkerung eine vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Gau Volksstaat Hessen veranstaltete größere republikanische Kundgebung statt. Die Feier wurde eingeleitet durch einen Begrüßungsabend in der Volkshalle, an dem 4000 Personen teilnahmen. Begrüßungsansprachen hielten im Auftrage des Bundesvorstandes Polizeipräsident Krüger, der Gauvorsitzende Landtagsabgeordneter Stork, Senatspräsident Dr. Grohmann, Frau Anna Blas-Stuttgart, Universitätsprofessor Schinkel und Kamerad Fritz Ebert-Brandenburg. Am Sonntag vormittag fand die Weihe des Gaubanners durch den Vertreter des Bundesvorstandes Rüger statt. Nach einem Umarmen der Fahnenabteilung unter Vorantritt eines 500 Mann starken Musikkorps begab sich das Reichsbanner in geschlossenem Zuge zum Bahnhof, wo um 1,15 Uhr von einer großen Volksmenge jubelnd begrüßt Staatspräsident Ullrich in Begleitung des Arbeitsministers Raab eintrafen. Nach einem imposanten Umarmen durch die reich geschmückten Strohen der Stadt fand die offizielle Feier nach Ansprachen des Staatspräsidenten Ullrich, des Oberbürgermeisters Luppe und des Zentrumsabgeordneten Knoll ihr Ende. Am Abend vereinigten sich noch viele tausende Republikaner in der Volkshalle zu einem gemühtlichen Beisammensein.

„Christlich-unpolitisch“ soll der Sammelname sein, hinter dem sich der Kampf gegen all diese Forderungen, die für uns den Aufbau der Schule der Zukunft umschließen, heimlich verbirgt. In jeder einzelnen dieser Forderungen erkennen wir den unmittelbaren Zusammenhang des Kampfes um die Schule mit dem politischen und wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiterschaft. Wir können die Schule, wir können die Kulturpolitik nicht als ein selbständiges Gebiet herauslösen aus dem großen Ganzen. Wir können es nicht — und wir wollen es nicht. Wir wollen es vielmehr gerade jetzt mit aller Deutlichkeit hinausrufen: Für uns ist der Kampf um die Schule ein unablässiges Stück unseres gesamten Kampfes um eine gerechtere Weltordnung und um bessere Menschen, die diese Weltordnung heraufzuführen vermögen. Und wer diesen großen Kampf mit uns kämpfen will, von dem dürfen wir verlangen, müssen wir verlangen, daß er sich mit ganzer Seele und mit ganzer Kraft für den Teilkampf einsetzt.

Es geht am 6. Juni nicht „nur um die Schule“, sondern es geht um die wesentlichsten Voraussetzungen für den Befreiungskampf des Proletariats. Es geht um den Geist des heranwachsenden Geschlechtes, um die Bedingungen, unter denen es einst die ihm von der Geschichte zugewiesene Aufgabe erfüllen wird. Diese politische Umwälzungsverfuch entgegen. Und darum haben wir die Hoffnung, daß kein Vater und keine Mutter aus unseren Reihen am 6. Juni ihre Pflicht verjäumen werden.

## Zwischen rechts und links.

### Auffhebung der Kabinettsergänzung.

Während Herr Dr. Stresemann im Bande diplomatische Reden hält, um den Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung für den Herbst vorzubereiten, wenn Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden ist und gewisse Leute sich dann auf den bekannten Boden gegebener Tatsachen stellen können, bleibt im Kabinett nach wie vor alles beim alten. Staatssekretär Kempner sollte — bei einem Regierungsvertrag selbstverständlicher Weise — durch einen Vertrauensmann des jetzigen und nicht des gewesenen Reichsanzlers ersetzt werden. Die Kandidatur Dr. Spielers ist aber an dem Widerspruch rechtsstehender Zentrumsmitglieder gescheitert. Treu und brav hat deswegen auch das Reichskabinett beschlossen, vorläufig nichts zu tun, und zunächst erst mal mit den Fraktionen Fühlung zu nehmen. Diese Fühlungnahme soll sich offenbar bis zum Herbst erstrecken und dann hofft man den Rechtsabmarsch sowieso sicher bewerkstelligen zu können. Bei der Wahl zwischen rechts und links geht der Zug des Herzens offenbar nach rechts.

## Die Schlagenschändung in Konstanz.

Die Konstanzener Bellzei hat gegen die zwei Gymnasialisten und die beiden Reichswehrsoldaten, die am Vorabend der Reichsdonnerkundgebung eine Dekoration in den Reichsfarben heruntergerissen haben, ein gerichtliches Verfahren veranlaßt. Die Reichswehrsoldaten, die dabei in Zivil waren, behaupten, nur zugehört zu haben, wie die Schüler die Dekoration heruntergerissen. Die Dienststellen der Reichswehr geben an, daß sie ihre Maßnahmen gegen die beiden Soldaten nach dem Ausgang des gerichtlichen Verfahrens treffen werden. Ueber die Zustände in der Konstanzener Reichswehrgarnison hat das Reichswehrministerium auf Grund der Pressemeldungen einen Bericht eingefordert. Wir sind sehr neugierig, wie dieser Bericht ausfallen wird, den die Reichswehrgarnison Konstanz über sich selber geben soll und was der Herr Reichswehrminister Gehler unternehmen wird. Hoffentlich erfahren wir das alles in absehbarer Zeit.

Freiherr v. Wangenheim, der Ehrenvorsitzende des Reichsverbandes, ist schwer verunglückt. Wangenheim wurde durch das Scheitern der Pferde mit seiner Schwägerin aus dem Wagen geschleudert und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung. In Anbetracht seines hohen Alters ist sein Zustand nicht unbedeutlich.

## „Katja Kabanowa.“

### Erstaufführung in der Städtischen Oper.

Leos Janacek ist uns durch sein Musikdrama „Jenufa“ kein Unbekannter mehr. Max Brodt hat dem tschechischen Komponisten eine eindringliche Studie gewidmet, in der er das Schaffen seines Meisters nicht nur vom Standpunkt der nationalen Kunst, sondern vom Standpunkt des musikalischen Wollens im allgemeinen beleuchtet und lobt. Es wird auf die Reihlichkeit mit Wagnerischen Ideen, ja auf die Steigerung des sprachlich-musikalischen Ausdrucks hingewiesen. Die „Katja Kabanowa“ hat innere Reihlichkeit mit dem Stoff der „Jenufa“, die gelungenen Akzente sind auch hier von einer aus dem Wesen des Wortes geschöpften Rhythmi, die Affekte und Stimmungen erhalten durch die Präzision der Sprache ihre Bedeutung. Das merkt man auch noch in der Uebersetzung, die gewiß gerade in der Ausdrucksbeziehung dem Original manches schuldig bleibt. Wenn in der „Jenufa“ eine Anzahl von Szenen musikalisch besonders packend gestaltet sind, so fallen diese Einzelnummern in dem neuen Werk des 73jährigen Komponisten nicht auf. Es ist eine weise Art, durchzukomponieren, mit dem gefunden und vornehmen Handwerk eines Mannes, der das Material des Singens und Spielens beherrscht, es ist allerdings auch eine sanfte Einförmigkeit, die nur in entscheidenden Augenblicken aus der Reserve heraustritt und einen persönlichen Schöpfer fühlen läßt. Wie Richard Wagner etwa um die Senta-Ballade seinen ganzen „Holländer“ komponiert hat, so scheint Janacek aus der Abschlechtszene des ersten, der Liebeszene des zweiten und vor allem der Bußszenen des dritten Aktes sein Werk konzipiert zu haben. Ganz weiche Lyrik, die im Melodischen das Banale nicht vermeidet, aber auch russisch-volkshafte Mißt sich ohne andere als äußere Verbindung mit grell gespanntem, dramatisch Loderndem. Ein Musikdrama wird daraus nicht, sondern eine Reihe von Szenen, die mehr episch schillern, als in großer Linie zu einem Konflikt und zu einer Konfliktlösung drängen. Das ganze Werk atmet eine düstere, geheimnisvolle, durch Glanzlichter oder fröhliche Laute kaum unterbrochene Stimmung und das Beste, weil gefühlteste, steht in der Partitur des zweiten Aktes, da wo die Liebenden sich begegnen, in einfachen Gesangslinien zu einander streben, in erschütternden Paulen die Klut zwischen sich spüren. Sieht man von russischen Volksmelodien ab, so ist Janacek in der Art seiner Erfindung ein Musiker von gestern. Seine Musik ist nicht mehr die Musik gegenwärtiger Menschen, aber sie bezeugt dennoch durch das Ungewohnte, Rasos und Primitiv. Doch bei dieser Einstellung des Komponisten, der das Werk sehr schnell und ohne musikalische Vertiefung geschrieben zu haben scheint, das Dekret häufig in belanglosen und aus vielen Worten bekannten Wendungen neben der Szene musiziert, kann kaum mehr wundernehmen. Die psychologisch außerordentlich gedachte Szene der Selbstbeschuldigung vor verammeltem Volk hätte vor allen Dingen neben dem Schrei, neben dem Singen des Wolgastroms nach eine wesentlich tonzentriertere, geschlossener, erlebtere Musik erfordert. Diese Einschränkungen lassen uns nicht vermissen, daß Janacek zu den Musikern gehört, die noch singen können und die ein Herz für Melodie in best fantastischem Sinne haben. Man muß auf das

## Die Besatzungsziffern im Rheinland.

Das Reichsministerium für die besetzten Gebiete hat dem Reichstagsausschuß für Besatzungsfragen eine Denkschrift über die gegenwärtige Stärke der französisch-englisch-belgischen Besatzung in der zweiten und dritten Rheinlandzone zugehen lassen. Danach befanden sich am 15. September 1925 in der zweiten und dritten Zone rund 60 250 Mann Besatzung, während sich die Truppenstärke jetzt auf rund 88 000 Mann beläuft. An französischen Truppen standen in der zweiten und dritten Zone am 15. September 74 900 und jetzt noch rund 82 300 Mann. Die Zahl der Belgier betrug am 15. September 5345 Mann, gegenwärtig aber 7944, was einer Vermehrung um 2599 Mann gleichkommt. Während am 15. September nur 47 Mann englischer Truppen bei der Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz untergebracht waren, zählt die englische Besatzung nunmehr nach der Räumung der ersten Zone rund 9000 Mann.

Aus diesen Zahlen, die auf sorgfältigen Schätzungen beruhen, ergibt sich, daß aus der zweiten und dritten Zone weniger Truppen abgezogen als aus der ersten Zone zugezogen sind. Nach der amtlichen Denkschrift sind auch 380 Wohnungen mehr beschlagnahmt als vor der Räumung der ersten Zone.

## Was geht in Altengrabow vor?

### Eine Divisionsfeier.

Am 5. und 6. Juni soll auf dem Truppenübungsplatz in Altengrabow eine Denkmals- und Wiedersehensfeier aller ehemaligen Angehörigen der 234. Infanteriedivision stattfinden. Der Major im Generalstab a. D. Kriegsheim hat Einladungschriften an alle ehemaligen Soldaten und Offiziere gesandt. Regimentsfeiern sind ja in ganz Deutschland an der Tagesordnung, daß aber eine ganze Division (Infanterieregimenter 451, 452, 453, ein Artillerieregiment, 1. Pionierbataillon, eine Schwadron Dragoner usw.) jetzt dazu übergeht, auf einem der Reichswald gehörigen Truppenübungsplatz ein Treffen zu organisieren, dürfte aber doch etwas Neues sein. Wie sich ein sogenannter Arbeitsausschuß der Division diese Veranstaltung denkt, geht u. a. aus einem an alle Offiziere und Soldaten gerichteten Schreiben hervor:

Sonntag, den 6. Juni: 11 Uhr Anmarsch der Ehrenkompanie mit klingendem Spiel, Feldgottesdienst und Denkmalsweihe, dazu Divisionsparade, Feiertag, Vorbeimarsch an Sr. Exzellenz von Stumpff (im Felde General der Division), 12,30 Uhr gemeinsames Mittagessen usw.

Nach all dem, was wir in Deutschland bisher erlebt, ist anzunehmen, daß die Denkmalsweihe und Wiedersehensfeier nur ein Aushängeschild ist für ein Unternehmen, das politischen Zwecken im Sinne des alten Regimes dienen soll.

Eine Anzahl von Offizieren, die am kommenden Sonntag ehemalige Untergebene als Kameraden begrüßen wollen, haben im Felde ihren Soldaten eine wenig anständige Behandlung zuteil werden lassen. Das gilt insbesondere von dem Regimentskommandeur des Infanterieregiments 451, Major Hülsmann. Major Hülsmann war im Felde ob seines brutalen Vorgehens bei Mann und Offizier gleichermäßen verhaßt. Als im Sommer 1918 die Grippe an der Front reiche Opfer forderte, war es Hülsmann, der erklärte, daß man die Soldaten nicht eher zurückbringen dürfe, als bis sie genesen seien. „Sie bringen ja nur die Reserven in Gefahr!“ war seine Begründung!

Dieser Major Hülsmann, der jetzt mit zu den Einladenden gehört, muß auch heute noch wissen, in welcher „Gunst“ er bei seinen Leuten stand. Vor acht Jahren mußte er es! Als die ersten Nachrichten von dem Umsturz in Deutschland beim Frontheer eintrafen, schlug er sich schleunigst in die Büsche. Bei Nacht und Nebel, während sich sein Regiment auf dem Rückzuge befand, also noch vor Abschluß des Waffenstillstandes, ergriff er am 9. November aus Cambren-St. Vincent in einem zweispännigen Wagen die Flucht. Nicht einmal mehr als „Herr Major“ wollte er jetzt angedredet werden.

Es wird viele damalige Soldaten geben, die auf ein Kameradchaftsfest mit solchen Offizieren verzichten.

Die Einladung scheint ohne Ausnahme allen noch lebenden Angehörigen der Division zugegangen zu sein, wobei Änderungen der Adressen sorgfältig berücksichtigt wurden. Woher kommt der „Arbeitsausschuß“ zu einem so ausgezeichneten Adressenverzeichnis? Und wer zahlt die Kosten für diesen Generalappell der Division? Durch die 450 M., die von jedem Teilnehmer verlangt werden, können sie unmöglich aufgebracht werden! Sollten etwa die Kreise um den Reichslandbund und die notwendigen Gelder vorschließen? Dieselben Kreise, die vorgeben, vor dem wirtschaftlichen Ruin zu stehen und die die Aktionen gegen die Finanzämter organisieren?

## Stagerrat und Rundfunk.

### Die Rede eines Kapitäns.

Zehntausend Menschen hat die Seeschlacht vor dem Stagerrat, die am 31. Mai 1916 geschlagen wurde, das Leben gekostet. Eine mittlere Provinzstadt, Haus an Haus, Straße an Straße, läge verödet, wenn alle aus demselben Orte gestammt hätten, wenn die zehntausend Menschen Männer und Frauen und Kinder gewesen wären. Es waren aber nur Männer, und viele, viele Städte und Dörfer meinten um die Toten dieser Schlacht. Wer könnte ausrechnen, wie viele Witwen und Waisen und Eltern um sie klagen? Alles das könnte man annähernd zahlenmäßig darstellen und aus dieser jammervollen Statistik die Erkenntnis sammeln, daß selbst ein scheinbar glänzender Sieg ein Sieg nicht ist; denn ist ein Sieg, der auf einem Haufen zehntausend Leichen thronet, nicht eine grauenvolle Niederlage der Menschlichkeit? Wenn man des Tages vor dem Stagerrat in der Öffentlichkeit gedenken wollte, so könnte man es doch nur tun im Sinne einer Trauerfeier um die Toten, und diesen Zehntausend das Bekenntnis zum Friedenswillen ablegen, den Vätern den Trost ins Grab geben, daß ihre Söhne ihnen nicht auf dem gleichen Wege folgen müssen. Der unpolitische Rundfunk vertrat einen anderen Standpunkt. Korvettenkapitän Matthiae, der doch gewiß sein Manuskript vorher zur Prüfung eingereicht hatte, fand zwar auch, daß es nicht Zeit sei, Feste zu feiern, aber nur, weil „zehn Jahre voll Not, Verzweiflung und Schmach“ seit jenem Tage an dem Stagerrat vergangen sind. Mit „Genugtuung“ stellte er trotzdem fest, daß „in allen deutschen Gauen dieser Tag, an dem die mächtige englische Flotte zum erstenmal seit Jahrhunderten eine Niederlage erlitt, festlich begangen wurde“. Herrn Matthiaes Objektivität in dieser Frage ist scheinbar nicht sehr groß; wenn kleine nationalistische Verbände diesen Tag des Sieges mit Trinkgelagen und heidischen Posen „feiern“, so spricht das für ihre Mentalität. Viele Tausende aber gedenken dieses Tages noch heute nur mit Trauer, und es wäre wohl Sache des Rundfunks gewesen, diese seine Teilnehmer nicht durch die pietätlosen Reden eines kriegsbegeisterten Marineoffiziers zu verletzen, der zuletzt wieder das alberne Märchen zitierte, daß Deutschland im Weltkrieg erlegen sei, „weil es in sich uneinig wurde“. Es wäre müßig, einem politisch so ungeschulten Menschen klar zu machen, daß Deutschland nicht völlig unterging, gerade weil es die Kraft zum Frieden und zu neuen Lebensformen fand. Der Rundfunk sollte künftig, wenn er das Bedürfnis verspürt, solche oder ähnliche Reden vor dem Mikrophon halten zu lassen, zu seiner eigenen Ehre den Sender ausschalten.

## Reichsbahn und Parlament.

### Der Zusammentritt des Interfraktionellen Ausschusses.

Die scharfe Kritik, die im Laufe des Frühjahrs wiederholt im Reichstag an der Verkehrs- und Sozialpolitik der Reichsbahn-Gesellschaft geübt wurde, gab der Reichsbahn und besonders dem Generaldirektor Dejer Veranlassung, zur besseren Fühlungnahme mit dem Reichstag und der Reichsregierung die Schöpfung eines interfraktionellen Ausschusses des Reichstags anzugehen. Dieser Ausschuß ist nunmehr gebildet. Er wird sofort nach Schluß der Pfingstferien des Reichstags zu seiner ersten Beratung zusammentreten. Von der sozialdemokratischen Fraktion gehören dem Ausschuß die Abgeordneten Schumann und Hilsberding an. Den Vorsitz des Ausschusses hat der Reichsverkehrsminister.

Ein Laboratorium, das sich dreht. In dem Göttinger Institut für Strömungslehre hat man ein drehbares kreisrundes Zimmer von 3 Meter Durchmesser eingerichtet, um die ablenkenden Kräfte im drehenden Raum in ihrer Wirkung auf Strömungsvorgänge zu studieren. Die ersten Erfahrungen mit diesem sich drehenden Laboratorium führten nun, wie in „Reclams Universalium“ mitgeteilt wird, zu überraschenden Erscheinungen. Da der Gebrauch des mißbewegten Beobachters nicht mit dem durch das Gleichgewichtsorgan empfundenen Trägheitsraum übereinstimmt, ist das Gefühl für die Erhaltung des Körpergewichts vollkommen gestört. Ortsveränderungen sind äußerst mühsam. Der Mensch muß sich erst allmählich im rotierenden Raum zurechtfinden lernen, bevor er den Ablauf der Erscheinungen erforschen kann. Die Drehgeschwindigkeit beträgt bis 40 Umdrehungen in der Minute.

Gefährdete Baudenkmäler in Leningrad. Vier weltbekannte Monumentalbauten in Leningrad sind dem Einsturz nahe: die Staats-Kathedrale, die Admiralität, der Ingenieurhof und die Kasanische Kirche. Im schlanen Turm der Admiralität hat sich ein klaffender Riß gebildet, der bis in die Fundamente der Mauern hinunterreicht. Die Risse in der Kuppel sind bereits so breit, daß bei Regen Wasser in das Innere des Gebäudes fließt. Bei der Staats-Kathedrale weist ein Teil der riesigen Granitssäulen und der Granitplatten ebenfalls bedenkliche Risse auf und die ganze linke Seite der Kirche scheint bereits vom Mittelbau abzublößen. Die gleiche Erscheinung läßt sich auch an der Kasanischen Kirche wahrnehmen, deren Säulengänge die locker gewordenen Erdmassen an den Kanal hinunterdrängen. Die Kasanische Kirche scheint dem Einsturz am nächsten, weil Vorbeugungsmittel den Verfall nicht mehr aufhalten können und es an Mitteln fehlt, um größere Erneuerungsbauten vornehmen zu lassen.

Zum 100. Todestage von Carl Maria von Weber. Ein Erlass des brennischen Kultusministeriums weist darauf hin, am 5. Juni, dem 100. Todestage Carl Maria von Webers, in allen Schulen des Komponisten des „Freischütz“ zu gedenken.

Der Staatsanwalt geht um. Der Oberfelder Staatsanwalt hat gegen Hans Müller-Schäffer, den Verfasser von „Schneider Bibbel“, wegen seiner neuen Komödie „Der Barbier von Bengelort“ das Verbot eingeholt, weil diese Komödie angeblich anstößig und unästhetisch sei.

Ein Industriemuseum in London. Dieser Tage ist in London ein neues Museum eröffnet worden, das vom Verband der britischen Industrie eingerichtet und unterhalten wird. Es dient insbesondere der breiteren Kenntnis der Sicherheitsvorrichtungen bei Menschen und der allgemeinen Unfallverhütung.

Der Mathematiker Vladimir Stetsov, Vizepräsident der russischen Akademie der Wissenschaften, ist im Alter von 63 Lebensjahren an Tuberkulose gestorben. Er wird auf Staatskosten beigesetzt werden.

England verbietet die Einfuhr von Vogelfedern. Die englische Regierung verbot kürzlich die Einfuhr von Federn, die von Vögeln stammen, die in Gefangenschaft gehalten werden. Diese Befehle, gleich, von welchem Vogel sie stammen, verbot. Es werden Erlaubnisscheine gefordert. Jedem einzufliegen für ein Museum oder für wissenschaftliche Untersuchungen. Ausgenommen in der fast vollständigen Liste sind nur Gänse, Enten und Stare.

vornehme und ökonomisch bedachte Orchester hören, um die Reime zu solchen Melodien gebildet zu werden. Grundzug der Partitur: Vornehmstes Musizieren, Schwelgen im Gefühl und Hinfinstellung musikalischer Entwicklungen zugunsten der lyrischen Szene.

Das Textbuch nach Dostojewskis Drama „Sturm“ kommt den Vorzügen und den Schwächen des Komponisten gleichmäßig entgegen. Primitiv die Handlung und nicht gerade bewegend, notwendig die Entwicklung, nicht klar die Konflikte und Charaktere. Katja lebt unglücklich in den Fesseln einer russischen Familientradition. Die Mutter ihres Mannes, Symbol des gesamten zaristischen Ruhlands, schwingt ihre Kräfte. Sie fordert das Unmenschliche von ihrem Sohn, daß er nämlich die Mutter mehr achtet und liebt als die eigene Frau. Dieser Sohn Tichon ist ein Schwächling. Katjas Liebe zu ihm findet in seiner Untwürdigkeit unter dem Egoismus der Mutter keine Resonanz. Das geplante junge Weib, tyrannisiert und angeekelt von der entsetzlichen Bürgerlichkeit ihres Hauses, findet in Boris den Mann, dem ihre tiefste Sehnsucht zuströmt. Während einer Reise Tichons gibt sie sich dem Geliebten hin. Damit scheint das Glück ihres Daseins vollendet und besiegelt. Zugleich empfindet sie als fromme, reine Russin diese Hingabe an einen anderen Mann als Todsünde, beschuldigt sich vor dem Volk ihres Verbrechens und sucht den Freitod in der Wolga. Ein primitives Stück, glaubhaft nur und psychologisch erklärt durch russischen Mystizismus.

Die eiskalte Schwiegermutter fand in Marie Schulz-Dornburg eine marionettenhafte Schorse, trotz konturierte Vertreterin. Ann Helin, obwohl unfertig in ihrer Stimme, ist in dem Ausmaß ihres Gefühls und der Leidenschaft der Darstellung eine Zukunftshoffnung. Diese schwache starke Frau wird zwischen zwei schwachen Männern an ihrem Leben irrt. Beide männlichen Figuren sind nicht sympathisch, weil nicht charakterologisch fest urteilen. Burgwinkel und Graarud gaben ihnen so viel Leben, wie sie geben konnten. Elsa Jülich de Bogi war in der spielerischen Hingabe an ein scheinbar oberflächliches Erlebnis entzündet, und Harry Steier vertrat mit Klugheit und leisem Humor den Geist und die Moderne gegenüber der Engherzigkeit und Borniertheit des russischen Volkes. Das düstere Bühnenbild des letzten Aktes (Gustav Vargo) hatte Stimmung und Alexander Schun hätte in der Verankerung das Symbolhafte des Wertes noch schärfer unterstreichen dürfen. Fritz Zweig war der Partitur ein wissender und tüchtiger Ausdeuter. Kurt Singer.

Neues deutsches Buchgewerbe im Londoner Museum. Die Direktion des Victoria- und Albert-Museums in London hatte den Wunsch ausgesprochen, die graphische Kunstausstellung, die das Museum veranstaltet, möge durch Proben neuerer deutscher Drucktechnik und Buchkunst bereichert werden. Das Museum verfügte nur über Werke aus den 80er und 90er Jahren, die begrifflichweise kein Bild vom Stande der buchgewerblichen Technik im heutigen Deutschland geben können. Auf Veranlassung der Auslandsabteilung des Börsenvereins der deutschen Buchhändler haben dann mehrere deutsche Verlage hervorragende Beispiele deutscher Buchkunst zu Ausstellungszwecken in London zur Verfügung gestellt.

## Briand verlangt Klarheit.

Am Dienstag soll sich die Kammer entscheiden.

Paris, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In den politischen Kreisen herrscht allgemein die Ueberzeugung, daß es im Laufe dieser Woche zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Linkskartell kommen wird, angesichts der Tatsache, daß sich das Kabinett Briand gegenüber den Forderungen der Linken auf eine finanzpolitische Aussprache unbedingt ablehnend verhält. Diesem herrscht der Eindruck, daß es die Regierung Briand zu einem Bruch kommen lassen will. Vermutlich wird Briand schon am Dienstag von der Kammer durch klare Abstimmung die Feststellung verlangen, ob die Regierung noch ihr Vertrauen hat oder nicht. Die Entscheidung darüber hängt zum großen Teil von der Haltung der Opposition ab, nachdem die Sozialisten und ein großer Teil der Radikalsozialen mit der Haltung der Regierung in der Finanzfrage keineswegs einverstanden sind.

Innenminister Durand hat angekündigt, daß er vor dem 14. Juni den Gesetzentwurf über die Wiedereinführung der Arrondissementwahlen in der Kammer einbringen wird.

## Malin für Wiederherstellung des Vorkriegsstandes.

Paris, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Bei der am Sonntag stattgefundenen Tagung der sogenannten „Französischen Sozialisten“ und der Republikanischen Sozialisten wurde die Verschmelzung der beiden Parteien beschlossen. Der gemeinsamen Sitzung folgte ein Bankett, auf dem der Ehrenvorsitzende der neuen Partei, Kriegsminister Painlevé, das Wort ergriff und die Bestrebungen der Partei vorlegte.

In dieser Rede wandte er sich, laut WTB, gegen eine nur nach Popularität hochgehende Politik und trat für eine Politik der Realisation ein. Außerdem begründete Painlevé sein Verhalten und das des Kabinetts Briand überhaupt in der Marokkofrage durch einen geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung in Marokko, wobei er besonders der Tätigkeit des Marschalls Bétain und Malins, der seine Beziehungen zu Spanien in den Dienst der Sache gestellt habe, Anerkennung zollte. Malin selbst, der als Gast anwesend war, ergriff, stürmisch zur Rede aufgefordert, das Wort und verlangte die Wiederherstellung der Realisation der vier Parteien, mit denen Herrriot regiert hat, da die Vereinigung aller demokratischen Kräfte mehr denn je notwendig sei.

## Offizieller Unterwerfungsakt...

Das Ende des Rifkrieges.

Paris, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Abd el Krim ist am Sonntag vormittag in Taza eingetroffen. Der offizielle Unterwerfungsakt fand um 11 Uhr vormittags vor General Boichut, dem Kommandierenden der französischen Truppen, statt. Ein weißes Kleid Abd el Krim in Taza. Er wird als Kriegsgefangener behandelt und hat dringend bedeuten, nicht den Spaniern übergeben zu werden.

## Erklärungen Abd el Krim's.

Paris, 1. Juni. (WTB.) Ein Berichterstatter des „Journal“ hatte mit Abd el Krim eine Unterredung, in deren Verlauf dieser erklärte: Mit Frankreich hätten wir sofort Frieden geschlossen und ihm die Gefangenen wiedergegeben, aber wir wollten der gleichen Forderung der Spanier nicht nachkommen. Den Gedanken eines Verzweigungskampfes haben wir nicht in die Tat umgesetzt, weil ich auf die klugen Ratschläge des französischen Arztes Parent gehört habe, der im Auftrage Steegs sprach. Um Blutvergießen zu vermeiden, habe ich eingewilligt, mich Frankreich auszuliefern, zu dem ich Vertrauen habe. Ich verlange nur eins, nämlich daß man mich nicht den Spaniern ausliefert und daß man weder meine Familie noch die Personen, die sich in meiner Umgebung befinden, zur Verantwortung zieht. Ich allein bin verantwortlich, denn ich allein habe den Befehl geführt.

## Der Militäraufstand in Portugal.

Angeblieh demokratische Ziele.

Lissabon, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das revolutionäre Komitee hat einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in dem erklärt wird, die Aufstandsbewegung habe nicht militärischen Charakter, sondern man wolle eine wirkliche republikanische Regierung auf demokratischer Grundlage bilden. Die Regierung ist zurückgetreten, nachdem sie noch mitgeteilt hatte, daß man eine Verteidigung Lissabons plane gegen die Aufständischen. Diese haben die Eisenbahnlinien nach dem Norden des Landes und nach Oporto unterbunden.

Paris, 31. Mai. (TU.) Nach einer Meldung des „Matin“ aus Lissabon ist der Kommandant Cabanades vom Präsidenten mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt worden. Der Postverkehr steht unter Aufsicht der Militärbehörde.

## Neuer Staat in China.

Von einem General ausgerufen.

London, 1. Juni. (WTB.) Nach einer Meldung der „Times“ aus Schanghai hat der Generalgouverneur von Kiangsu, Tschangling, Nghanwei, Kiangsi und Kung, Marjchall Sunghaiwanjang, die Vereinigung dieser fünf Provinzen zu einem unabhängigen Staat bekanntgegeben und erklärt, er werde die Monroe doktrin auf diesen Staat anwenden (d. h. jede Einmischung von außen ablehnen). Wenn in Peking eine gute Regierung zur Macht komme, werde er sie unterstützen, anderenfalls werde er sich wieder in die Peking Angelegenheiten einmischen, noch die Einmischung Belings dulden. Wie es in der „Times“ Meldung weiter heißt, scheint der Marjchall nicht anzunehmen, daß die Verbindung zwischen Tschangling und Wupeifu von langer Dauer sein wird, er erwarte vielmehr neue Kämpfe im Norden.

## „Ein argentinischer Gesellschaftsandal.“

Ein Dementi.

Im Januar ging durch die europäische Presse eine Mitteilung über eine große Korruptionsaffäre in Buenos Aires. Diese Nachricht, deren Quelle nachzuprüfen uns nicht möglich war, hatte neben anderen großen deutschen Zeitungen auch im „Vorwärts“ Aufnahme gefunden. Wie wir erst jetzt aus der argentinischen Presse erfahren, ist diese Nachricht zum Gegenstand einer amtlichen Untersuchung gemacht und alsbald als frei erfunden bezeichnet worden; sie soll aus Ungarn stammen. Da wir fernerzeit von der zuständigen argentinischen Stelle ein Dementi nicht erhalten haben, andererseits der „Vorwärts“ in Argentinien gelesen wird, zögern wir nicht, unserm Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß wir, ebenso wie andere europäische Zeitungen, einer Irrführung zum Opfer gefallen sind.

Indische Rache. Bei der Befestigung der Strafanstalt Alipur wurde ein indischer Polizeikommissar von mehreren politischen Gefangenen überfallen und, bevor ausreichende Hilfe zur Stelle war, getötet.

## Kinderausflug mit dem Waschkorb.

Ein Kinderausflug mit einem Waschkorb? Kein Scherz! Es war ein ausgewachsener Waschkorb, den die Kinder zu ihrem Ausflug mitnahmen. Nicht etwa leer, und der Inhalt bestand auch nicht aus Wasche. Man stelle sich vor: sieben große Bleche Kuchen und daneben noch einige Kleingebäcke, was die für einen Raum beanspruchen und wie groß der Waschkorb sein mußte. Zwei der stärksten Jungen mußten ihn tragen und die Last war schwer genug. Sie taten es aber gern. Nebenbei folgten in einem weiteren Korb noch für die Kinder nicht immer erschwingbare Waren. Kinder aus Lichtenberg waren es, die aus der städtischen Küche gespeist werden, diesen Ausflug unternahmen. Sie gehören zur Speisestelle Büchlistraße. Die Speisungen begannen im April 1922. Es sind nicht mehr dieselben; die Kinder wechseln, wurden mehr oder weniger, zeitweise 200 und darüber, ja eine kurze Zeit ganz erheblich darüber, worauf eine Trennung erfolgte. Diese wurden seit Beginn der Speisung und bis heute noch von der Genossin Betty Krieg betreut, die das Essen ausgab, Gelder einstellte von denen, die etwas bezahlen mußten — meistens essen sie frei. Es war nicht immer leicht, die nötige Ordnung in der großen Kinderschar zu halten, aber die Kinder parierten, ab und zu durch Nachhilfe mit kleinen Vergünstigungen. In diesem Jahre war es der Ausflug mit dem Waschkorb voll Kuchen. Diese Freude der Kinder. Schon die Tage und Wochen vorher. Und erst am Ausflugsstage. Die zwei Buben mit dem Waschkorb voran, die anderen hinterher. Einige Kinder blieben fern, obwohl den Bedürftigsten auch das Fahrgehalt bezahlt wurde. Ein Bub hatte eine zerissene Jacke. Eine andere wurde für ihn beschafft, er war aber doch nicht gekommen. Einige Mütter schlossen sich an. Ziel: Waldschänke Sadowa, wo man Kaffee kochen kann. Die größten Kannen wurden in Anspruch genommen. Und dann gab es noch ein bißchen Musik und Tanz mit Bonbonregen, und dann Spiel mit Kränzen und im Wald. Und abends gab es Bursch zur mitgebrachten unbesetzten Stühle. Um sieben Uhr wurde die Heimfahrt angetreten. Bei der Heimfahrt in einem Anteil des Wagens, in dem die Kinder saßen, plötzlich Gelächter. Nach der Ursache befragt, erzählten sie, der kleine Bub hatte soeben erzählt: „Ich habe einen Räuber gesehen!“ Ganz treuherzig. Damit hatte es folgende Bewandnis. In der Waldschänke Sadowa hatten im Garten sitzende Gäste gesehen, daß im Fenster der ersten Etage, wo sich die Wohnräume befinden, ein Kopf sichtbar wurde und wieder verschwand. „Eindrehen!“ hieß es. Die Ausgänge wurden besetzt und die Schupo alarmiert. Der Beamte holte dann ein 15- bis 16-jähriges Burschen von oben herunter und nahm ihn mit. Ob er stehlen wollte? Wenn er Hunger hatte, in dem Waschkorb war noch reichlich für ihn. Wenn er es gewußt hätte. Diese Hilfe wäre allerdings nur vorübergehend gewesen. Morgen ist der Hunger wieder da. Vielleicht war es der erste Versuch, der unterblieben wäre, wenn der Bursche Arbeit und Verdienst gehabt hätte. Aber die soziale Not und ihre Ursachen belasten ein Kindergemüt noch wenig, obwohl sie selbst Schmalhans Küchenmeister reichlich kennen. Für sie war das Spannende Ereignis: „Ich habe einen Räuber gesehen!“

## Raubmord an einer Oberlehrerin.

Der Mörder in Berlin?

Am 28. Mai, nachmittags 1 Uhr, wurde die 56-jährige Oberlehrerin Anna Frank aus Hamburg, die ihre Ferien in Werderholz bei Schwerin verlebte, von Vorüberkommenden auf der Chaussee tot aufgefunden. Die Leiche wies mehrere Messerstiche in Hals und Brust auf und war noch warm. Die Ermittlungen der Ortsbehörde ergaben, daß die Dame von einem noch unbekanntem Mörder von ihrem Fahrrad gerissen und erstochen worden war. Die Tat konnte erst kurz vor Aufstehen der Leiche verübt worden sein. Geraubt waren der Dame ein Fahrrad und eine mittelgroße braunlederne Handtasche.

Der Verdacht der Täterschaft richtet sich gegen einen am 26. April 1892 in Niederwürschnitz in Sachsen geborenen Ruhwärtler Kurt Robis, der sich mehrere Tage vor dem Mord in der Gegend herumgetrieben hat. Der Mann, der schon einmal wegen Raubes zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt war, ist mittelgroß, und etwas beseit, hat ein braunes Gesicht, langes dunkles Haar, dunkle Augen mit auffallend stechem Blick, flotten dunklen Schnurbart und macht in seinem Aussehen den Eindruck eines Zigeuners. Bekleidet war er mit einem graubraunen Jackett und einer gelbgummierten Radlermütze. Er spricht Deutsch mit ausländischem Akzent. Eine halbe Stunde nach dem Auffinden der Leiche der Oberlehrerin wurde der Mörder auf einem Damenrade gesehen, als er in der Richtung auf Wittchow durch die Ortschaft Biffow fuhr. Nach den Erfahrungen der Kriminalbehörden verlocken Mörder aus der Provinz immer wieder, in der Großstadt unterzutauen oder sich wenigstens eine Zeitlang dort aufzuhalten, um ihre Spuren gänzlich zu verwischen. Man nimmt daher auch an, daß Robis sich nach Berlin gewandt hat. Er wird wohl auch bemerkt sein, das geraubte Rad zu machen. Es ist eine Opel-Maschine, Modell Nr. 7, und trägt entweder die Nummer 682 934 oder 696 658. Die ziemlich neuen Schläuche und Mäntel tragen innen den Stempel „Franz Dörner, Motor- und Fahrradfabrik, Hamburg 21, Hofweg 78“. Auf die Ergreifung des Mörders, auf den auch die Berliner Kriminalpolizei fahndet, hat die Oberstaatsanwaltschaft in Schwerin eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt. Mitteilungen sind in Berlin an die Inspektion A. Kriminalrat Gennat, zu richten.

## Zwei schwere Autounfälle.

In der Nacht vom Montag zum Dienstag stießen an der Kreuzung Gerich- und Ruheplatzstraße zwei Autodroschken zusammen. Hierbei wurden zwei Fahrgäste, und zwar der 34-jährige Schuhmacher Karl Groffe aus Hanau, der hier zu Besuch weilte, und der 25-jährige Ernst Breitmann aus der Wicelstraße 31 so schwer verletzt, daß eine sofortige Ueberführung in das Virchow-Krankenhaus erfolgen mußte. Gegen 2 Uhr nachts fuhr in Wilmersdorf vor dem Hause Brandenburgische Str. 77 eine Kraftdroschke gegen einen Baum. Das Auto wurde völlig zertrümmert. Die Insassen, die 24-jährige Martha Stanlowitz aus der Poppelstr. 47 und der 25-jährige Bäcker Otto Wilke aus der Augustastr. 14 zogen sich schwere Schnittwunden und Quetschungen zu. Während Wilke nach Anlegung eines Rotverbandes auf der nächsten Rettungsstelle in die Wohnung entlassen werden konnte, mußte Fräulein St. in das Krankenhaus Lebenbachstraße überführt werden. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

## Hochsaison der Fahrraddiebe.

Das Fahrrad ist bei unseren mangelhaften Verkehrsverhältnissen wieder ein sehr beliebtes Beförderungsmittel. Das nutzen die Diebespezialisten aus, weil der Abgang sehr leicht ist. Im Durchschnitt werden täglich 15 Räder gestohlen. Hauptbetätigungsfelder dieser Diebe sind jetzt öffentliche Gebäude, Finanz- und Postämter, Gerichtsgebäude usw. Die Radler, die hier zu tun haben, pflegen ihre Räder innerhalb der Gebäude einfach beiseite zu stellen, weil sie glauben, daß sie durch die Türmer geschützt seien. Die aber haben etwas anderes zu tun und können nicht auf jedes Rad achten. In manchen Gebäuden sind auch Stände eingerichtet, an denen die Besucher ihre Räder aufhängen können. Das nützt ihnen aber nicht viel, denn die Ketten sind meist zu schwach. Die Scheren, mit denen jeder „ordentliche“ Fahrraddieb ausgerüstet ist, schneiden sie leicht und geräuschlos durch. Viele Radler glauben nun, daß ihnen, wenn sie solche Stände benutzen, der Eigentümer des Gebäudes, der Staat oder das Reich, für den Verlust hafte. Das ist jedoch ein Irrtum. Die Inhaber der Gebäude kommen für keinen Schaden auf. Den Diebereien entsprechend steht natürlich auch die Hehlererei in hoher Blüte. So wurde ein gewisser Krüger im Zentrum Berlins fest-

genommen, der überführt und geständig ist, 60 gestohlene Räder nach Stettin verladen zu haben. Radler, die also ihre Rädchen anzuschließen pflegen, sollten dazu stets schwere Ketten und Schlösser benutzen. Jeder Radbesitzer sollte sich aber vor allem auch die Marke und die Fabriknummer seines Rades merken, um der Kriminalpolizei einen Anhalt für ihre Nachforschungen geben zu können.

## „Zeigen Sie uns einen Fürsten, der hungert!“

Die geschädigten Auslandsdeutschen.

Der „Ausfluß der geschädigten Auslandsdeutschen“, eine Oppositionsgruppe gegen den schwarzweißroten „Bund der Auslandsdeutschen“ des völksparteilichen Gouverneurs a. D. Schnee, veranstaltete am Montag abend in der Schulaula Kirchstraße eine Protestversammlung gegen die ungenügende Entschädigung der vertriebenen Auslandsdeutschen.

An der angeblichen Passivität des Bundes wurde sehr scharfe Kritik geübt. Mit der pathetischen Deklamierung auslandsdeutscher Befinnung allein sei es nicht getan, es müsse auch materiell für die Notleidenden gesorgt werden. Dießler, der erste Redner, betonte, daß die Auslandsvereinigungen nur Auge und Ohr für die sogenannten „prominenten“ Auslandsdeutschen hätten. Für die anderen sei kein Geld da. (Zurufe: Die Regierung muß ja Millionen an Wilhelm nach Doorn schicken!) Gouverneur Schnee habe sehr wenig Verständnis für die Noth der minderbemittelten Elemente gezeigt. (Ruf: Das ist der Richtige!) Der zweite Referent, Wundermacher, sagte, daß er nicht politisch sein wolle und schnitt — Flaggenfrage und Volksentscheid an. Hierbei kam es zu leidenschaftlichen Szenen. Die minutenlange Erregung der Versammlung bewies, der stürmischen Kreise des indifferenten Kleinbürgertums die notwendige Erkenntnis über die Demagogie der Rechten aufzuklären beginnt. Wundermacher wandte sich unter dem stürmischen Beifall der Anwesenden gegen die Annahme des Vorstands des Bundes der Auslandsdeutschen, die Auslandsdeutschen für seine schwarzweißroten Intrigen in Anspruch zu nehmen. Die würden es auf's entschiedenste ablehnen. Vorspann für die Interessen einer gewissen politischen Gruppe zu sein. Beim Volksentscheid hätte man zu berücksichtigen, daß man den Fürsten nicht alles geben dürfe, wenn die Auslandsdeutschen so ungeheuerlich betrogen worden seien. (Anhaltende Rufe: Zeigen Sie uns einen Fürsten, der hungert!) Leider war der Redner allzu vorsichtig und hütete sich, offene Farbe zu bekennen. Das ist ein Diskussionsredner, ein kleiner Mann aus dem Volke, der die politische Seite des Entschädigungsproblems beleuchtete. Er forderte unter demonstrativem Händeklatschen der Anwesenden auf, am 20. Juni aus der politischen Lage die rechten Folgerungen zu ziehen und für die Entscheidung der Fürsten zu stimmen! Eine Entscheidung, die die Forderungen der Auslandsdeutschen zusammenfaßt, wurde einstimmig angenommen.

## Wie „Christlich-Unpolitische“ unter sich bleiben könnten.

In einer Betrachtung über die am 6. Juni zu vollziehenden Elternratswahlen stimmt der deutschnationale „Berliner Lokalanzeiger“ schon jetzt einen Siegesgefang an. Frohlockend meldet er, daß in einer erheblichen Anzahl Schulen nur „Christlich-unpolitische“ Kandidatenlisten eingereicht seien. In solchen Fällen gilt die vorliegende einzige Liste ohne weiteres als gewählt. Wir wissen nicht, wie weit die Meldung des Blattes zutrifft. Es kann sich da wohl nur um Schulen handeln, an denen die „Christlich-unpolitischen“ eine starke Mehrheit haben und ohnedies sich den Sieg im voraus als sicher buchen können. Selbstverständlich gibt es aber auch Schulen, an denen die „Christlich-unpolitischen“ in hoffnungsloser Minderheit sind. Dort ist ihnen die Niederlage sicher, wenn nicht etwa die linksgerichteten Eltern in lechtümmiger Siegesgewißheit ihre Pflicht vernachlässigen und sich den Gang zur Wahl ersparen.

Wie es manchmal kommt, daß schon bei der Listeneinreichung die linksgerichteten ausgeschaltet werden und die „Christlich-unpolitischen“ unter sich bleiben, das lehrt eine uns aus Steglitz von der 2. Mädchengemeinschaft zugegangene Mitteilung über das Verhalten des Wahlvorstandes. Dort wurden die Listen „Schulbau“ (SBD) und „Kind in Reiz“ (KRD) rechtzeitig mit den geforderten 20 Unterschriften dem Wahlvorstand eingereicht, dieser aber teilte mündlich (nicht einmal schriftlich) mit, daß er die beiden Listen nicht zur Wahl zulassen werde. Angegeben wurde, die Unterschriften seien nicht eigenhändig von den unterschrieben genannten Personen ausgeführt, sondern gefälscht worden. Den Beweis für diese Lüge und völlig aus der Luft gegriffene Behauptung blieb man auf „christlich-unpolitischer“ Seite schuldig. Durch solche Zurückweisungen kann die linksgerichtete Elternschaft, die mit den gerade in Steglitz zahlreichen rechtsgerichteten Lehrern und Geistlichen nicht einverstanden ist, ihr Wahlrecht einbüßen. Wertwändig bleibt, daß die Führer der „Christlich-unpolitischen“ gewöhnlich Leute sind, die an der eigentlichen Volksschule gar kein Interesse haben. Sie lassen ihre Kinder nur die nötigen vier Jahre in der Grundschule, die sie im übrigen verachten, weil dort „Arbeit und Fleiß“ zusammenhängen müssen. Solchen Leuten ist damit gedient, daß die Eltern aus dem Proletariat um ihr Wahlrecht kommen. Hoffentlich wird die Aufsichtsbehörde noch vor der Wahl sofort ein ernstes Wort mit diesem Wahlvorstand reden und ihm sagen, daß er vielleicht nach der Wahl Einspruch erheben kann, wenn er meint, die Unterschriften seien gefälscht. Aber vor der Wahl Listen nicht zuzulassen, die im übrigen alle Vorschriften der Wahlordnung erfüllen, ist ein Verfahren, dem mit aller Schärfe entgegengetreten werden muß.

Für alle linksgerichteten Eltern ergibt sich aus solchen Vorkommnissen immer wieder die Mahnung: Keine Stimme den „Christlich-unpolitischen“! Stimmt am 6. Juni für die Liste Schulbau!

## Die Fünfstimmertwohnung als Mitgift.

In einer Berliner Tageszeitung finden wir das folgende neuzeitliche Heiratsinzerat:

„Suche f. Freundin, lg., hübsche, interessante Witwe, Brünnet, reiz. Figur, Anf. 30, gebild., musikal., m. hochleg. 5-3-W. i. West u. leer. Baden i. bester Geschäftsgeg. n. d. drig. Meile, passenden Gatten. Tüchtig. Herrn ist Eristenz gebot. Off. u. . . . an die Exped. ds. Bl., Berlin SW. 19.“

Na, wenn das nicht zickt! Eine angeblich so reizende junge Witwe müßte eigentlich auch ohne leeren Laden wieder unter die Haube kommen.

Ein tödlicher Unfall ereignete sich wieder auf dem Gelände des im Bau befindlichen Großkraftwerkes Rummelsburg. Ein Arbeiter geriet unter eine umstürzende Ripptore und wurde tödlich verletzt.

Anmeldungen zur Jugendweihe in Rummelsburg werden entgegen genommen im Parzellbüro, Redakteur 3, abends 5-7 Uhr, und in den Vormittagspeditionen Redakteur 2 und Steglitzstr. 29. Einschreibgebühr 50 Pf.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

85. Abt. Tempelhof. Die Bezirksführer werden gebeten, das Werbematerial für die Elternratswahlen heute abend spätestens vom Genossen Burgmeister, Berliner Str. 90 abzuholen.

91. Abt. Rummelsburg. Morgen, Mittwoch, 10 Uhr die Bezirks 57, 58, 62, 64, 65 wichtige Flugblätterverteilung von Stohmann, Redakteur, Ede Wilmersdorfer Str., abends 8, Uhr.

## Sterbelist der Groß-Berliner Partei-Organisation

82. Abt. Steglitz. Unsere Genossin Johanna Katten ist am 29. Mai verstorben. Einsegnung am Mittwoch, den 3. Juni, vorm. 11, Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Str. Rega Beteiligung erachtet der Vorstand.

# Gewerkschaftsbewegung

## Jugendfürsorge in Rußland.

### Theorie und Praxis.

(RSD.) Die russische soziale Gesetzgebung enthält auf dem Gebiete des Jugendschutzes eine Reihe vortrefflicher Bestimmungen. Diese Bestimmungen bleiben jedoch viel zu oft auf dem Papier, so daß die Lage der russischen arbeitenden Jugend in Wirklichkeit keineswegs so günstig ist, wie es auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen anzunehmen wäre.

Die „Komsomolskaja Pravda“, das Zentralorgan der russischen KZP, teilt u. a. in ihrer Nummer vom 27. April folgendes über die Lage der jugendlichen Arbeiter in Weißrußland (das hauptsächlich die ehemaligen Gouvernements Minsk und Mochlow umfaßt) mit:

„Die Ergebnisse der letzten ärztlichen Untersuchung der jugendlichen Arbeiter Weißrußlands haben zu folgenden Feststellungen geführt:

Die Ueberretung der gesetzlich bestimmten Dauer der Arbeitszeit trägt einen systematischen Charakter. Für die Mehrzahl der Jugendlichen, die das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, beträgt die tägliche Arbeitszeit mehr als die gesetzlich vorgeschriebenen sechs Stunden. Ein Drittel der Jugendlichen arbeitet mehr als acht Stunden täglich. Eine Ueberretung der gesetzlichen Arbeitszeit ist besonders unter den Arbeiterarbeitern zu verzeichnen.

Die überwiegende Mehrzahl der jugendlichen Arbeiter haust in engen, kalten und feuchten Wohnräumen. Bei 40 Proz. der jugendlichen Arbeiter hat die ärztliche Untersuchung unzureichende Ernährung festgestellt; 12 Proz. entbehren eine regelmäßige warme Kost; 18 Proz. essen sich nur halb satt.

Diese unzulänglichen Verhältnisse wirken sich stark in dem Gesundheitszustand der Arbeiterjugend Weißrußlands aus. Auf 8648 der untersuchten jugendlichen Arbeiter entfielen insgesamt 10 906 Krankheiten; die Zahl der Krankheiten übersteigt demnach die Zahl der untersuchten Jugendlichen.

Es wurden auch zahlreiche Fälle der unentgeltlichen Beschäftigung der Jugendlichen als Lehrlinge in den Betrieben festgestellt. Nach den genauen Angaben erhalten 11 Proz. der jugendlichen Arbeiter keine Entlohnung.

Zu gleicher Zeit berichtet „Trud“ (vom 22. April) über die Verhältnisse in den Glaswerken, in denen bekanntlich die Arbeit der Jugendlichen weitgehende Anwendung findet:

Nach den Erhebungen des Zentralausschusses des Allrussischen KZP ist es zu ersehen, daß fast auf allen Glaswerken eine systematische Ueberretung der gesetzlichen Bestimmungen über den Arbeitsschutz der jugendlichen Arbeiter stattfindet. Nicht genug, daß Kinder unter 14 Jahren wahllos und in jedem Beruf eingestellt werden, müssen sie auch Ueberstunden während der Nachtzeit leisten, wobei sie für diese Ueberstunden nicht immer entlohnt werden. So entfielen auf den Glaswerken, die den Namen des Genossen Trojtsch tragen, auf 144 Jugendliche und 49 Kinder im August u. S. 2675 registrierte Ueberstunden, im September 3488 und im Oktober 4112 Ueberstunden. (Diese Zahlen charakterisieren lediglich das Ausmaß und das Tempo der Zunahme der registrierten Ueberstunden; bei der auf den Glaswerken sehr verbreiteten Akkordarbeit werden die Ueberstunden sehr oft gar nicht registriert; die Zahl der Ueberstunden ist demnach in Wirklichkeit wesentlich größer. Die Red.) Dabei ist hier die Arbeit in der Nachtzeit, für die die Arbeitszeit für den Jugendlichen ebenso wie für den erwachsenen Arbeiter 6 Stunden beträgt, nicht einbezogen.

Wegen dieser Schädigungen für die Charakteristik der Lage der jugendlichen Arbeiter in Rußland keine generelle Bedeutung haben; sie legen trotzdem ein berechtigtes Zeugnis von dem Ernst der Lage ab.

## Die geschlossene Front der Transportarbeiter.

### Generalversammlung für das erste Vierteljahr.

Die Bezirksverwaltung Groß-Berlin des Deutschen Verkehrsverbandes hielt am Montag im großen Saal des Gewerkschaftshauses die Generalversammlung für das erste Quartal 1926 ab. Der Vorsitzende, Herr Klose, richtete zunächst einen Appell an die Anwesenden, in Stadt und Land für den Sieg des Volksentscheides, für einen Erfolg bei den Elternratswahlen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu agitieren. Dr. Mann gab sodann den Geschäftsbericht.

Zahlreiche Lohnkämpfe, die jedoch mehr den Charakter von Abwehrmaßnahmen trugen, mußten wieder geführt werden. In drei Fällen blieb nur die schärfste Maßnahme, und zwar der Streik übrig. Ueberall ist von Unternehmergruppen ein unerhöhter Lohnabbau versucht worden, der naturgemäß auf härtesten Widerstand der Arbeitnehmer stießen mußte. Verschiedentlich sollten Lohnkürzungen bis zu 36 Proz. vorgenommen werden. Dem Vorgehen der Organisation, gestützt durch die Geschlossenheit und Solidarität der Mitglieder, gelang es jedoch überall, diese Lohnkürzungen zu verhindern oder aber auf ein Minimum herabzudrücken. Bedauerlich ist aber, daß trotz der wachsenden Gefahr, die von den Arbeitgebern droht, die Organisation nicht den Zugriff hat, den man eigentlich erwarten sollte. Viele halten eine Organisation noch immer für überflüssig und verlassen sich auf die organisierten Kollegen und auf den Schlichtungsausschuss. Daß aber eine geschlossene Front notwendig ist, beweisen die Ergebnisse der letzten Zeit. Von Expeditionen unternehmern und den Großhändlern sind Lohnabbaumaßnahmen geplant, die besonders bei der Konjunktur dieser Geschäftszweige mehr als ungerechtfertigt sind. Daß sich die in diesen Betrieben besonders gut organisierten Kollegen einen Abbau nicht gefallen lassen werden und zu den schärfsten Abwehrmaßnahmen greifen würden, sollte den Unternehmern stark zu denken geben.

Aber auch die Agitation darf in den Sommermonaten nicht erlahmen. Pflicht eines jeden Funktionärs, eines jeden Delegierten wie auch Organisierten muß es sein, in den nachlässigen Gruppen agitatorisch zu wirken und die Indifferenten, an denen nur die Unternehmer profitieren, in Reich und Glied zu bringen. Nur so kann das frivole Anbieten von Unterbezahlung, oft geradezu lächerlicher Löhne, erfolgreich abgewehrt werden. Zum Schluss richtete Dr. Mann den Appell an die fast wahlzählig anwesenden

Delegierten, den Ernst der Lage zu erkennen und den Widerstand, der von den Unternehmern entgegengesetzt wird, wenn es sein muß, mit aller Schärfe zu brechen.

Brekle gab dann den Kassenbericht. Von insgesamt 429 550,35 M. Einnahmen wurden der Hauptkasse 120 555,58 M. überwiesen. In den Ausgaben stehen unter Arbeitslosenunterstützung 40 437,70 M. und unter Krankenunterstützung 37 461,55 M. Für Sterbe-, Notfall-, usw. Unterstützungen wurden 54 800 M. ausgegeben. Neuaufnahmen wurden 2836 gemacht und Uebertritte erfolgten 185. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

In der darauffolgenden Diskussion ergriff Landtagsabgeordneter Genosse Jachert zum Volksentscheid das Wort, worin er die Anwesenden nochmals aufforderte, alles aufzubieten, der gerechten Sache des Volkes zum Siege zu verhelfen. Dann hielt der kommunistische Fraktionsredner, ohne auf den Geschäftsbericht einzugehen, die übliche Schimpfpredigt. In seinem Schlusswort wies Dr. Mann die lämmelhaften Angriffe des Kommunisten entsprechend zurück. Dr. Mann stellte fest, daß Monitas gegen den eigenen Geschäftsbericht nicht vorgebracht sind und rief nochmals zu gemeinsamer Arbeit und Agitation auf.

## Das Unternehmerdiktat in der Herrenkonfektion.

### Die Arbeiter wehren sich.

Das Diktat des Arbeitgeberverbandes der Herrenkonfektion stößt bei den organisierten Arbeitern der Branche, die gestern abend in den Residenz-Festsaal eine Versammlung abhielten, auf den heftigsten Widerstand. Genosse Kurzebad, der den Bericht über den Tarifkonflikt gab, konnte unter der stürmischen Zustimmung der Versammlung feststellen, daß nie ein Tarifkonflikt unberechtigter vom Jaun gebrochen wurde als dieser.

Seit Monaten haben die Unternehmer Einwendungen gegen das alte Abkommen vorgebracht. Die Tarifstufenzeiten wären ihnen zu hoch, die Stundenlöhne müßten nach der Serienarbeit gestaffelt werden und die Frauenlöhne seien abzubauen. Die Organisation hat unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse Zugeständnisse an die Unternehmer gemacht. Sie ist darin weiter gegangen, als den Mitgliedern recht war. Aber alles das war den Unternehmern noch nicht genug. Sie verlangten mehr, und weil die Organisation zu weiteren Verschlechterungen ihre Zustimmung nicht geben konnte, kündigten die Unternehmer den Tarif.

Sie fordern jetzt die Verschlechterung der Urlaubsbestimmungen, den Abbau der Löhne und Kürzung des Qualitätsjudges. Der Heimarbeiterzuschlag soll von 12 1/2 Proz. auf 5 Proz. herabgesetzt werden und außerdem soll eine neue Serie mit bedeutend niedrigeren Löhnen eingeführt werden. Das Diktat der Unternehmer bedeutet, daß die Löhne durchschnittlich um 17 Proz. gekürzt würden. Zudem sind jetzt die Herren Arbeitgeber dazu übergegangen, die von ihrem Verband gemachten Vorschläge in die Tat umzusetzen, ohne die schiedsgerichtliche Entscheidung abzuwarten. Gestern ist bereits den Arbeitern ein Revers zur Unterzeichnung vorgelegt worden, der besagt, daß sie mit der neuen Entlohnung einverstanden sind und aus dem alten Tarifabkommen abgeleitete Forderungen nicht mehr zu stellen haben. Die Organisation fordert auf, dieses Schriftstück nicht zu unterschreiben.

In der Diskussion kam die Empörung über das Vorgehen der Unternehmer zum Ausdruck. Man stellte sich einmütig auf den Standpunkt, das Diktat der Unternehmer unter allen Umständen abzuwehren.

## Wie man in der A.G.O. Qualitätsarbeit bezahlt.

### Uns wird geschrieben:

Es ist notwendig, einmal die Zustände in der A.G.O. Brunnenstraße, Abteilung Babyfabrik, zu beleuchten, die fast ausschließlich für die Berliner Straßenbahn und die Reichsbahn arbeitet. In Nr. 1 sind die Akkordpreise so reduziert, daß es überhaupt nicht mehr möglich ist, einermassen auf sein Geld zu kommen. In der Abteilung Meister Kasoth wurden in einer Kolonne bei 11 bis 12 Mann gleich 328 Stunden in der Woche vom 26. April bis 2. Mai gleich 5 Tage sage und schreibe 81 M. verdient. Nach langem Verhandeln, da die Kollegen die Arbeit niederlegen wollten, wurden die Preise nachgeprüft und noch 69 M. zugelegt, so daß ein Schlosser erster Klasse nur 50 Pf. Stundenlohn hat. Da die Firma sich nicht traute, diesen Lohn einem Schlosser anzubieten, legte sie so viel zu, daß ein Stundenlohn von 65 Pf. zur Auszahlung kam. Der Transportarbeiterlohn beträgt 64 bis 66 Pf. Gleichzeitig wurde gesagt, mehr werde nicht gezahlt. Wenn die Arbeiter mehr verdienen wollen, müssen sie auch mehr arbeiten. Trotz der schlechten Preise mußte dieselbe Kolonne noch 5 neue Kollegen durchbringen ohne einen Pfennig Zulage. Gleichzeitig mußten alle in einer Schicht arbeiten, haben aber nur 6 Schraubstücke zur Verfügung, obwohl fast alles Schraubstodarbeit ist. Alle Beschwerden waren erfolglos. In der nächstfolgenden Woche war der Lohn nur 61 Pf. Wie lange werden sich die Arbeiter dieser skandalösen Schinderei noch gefallen lassen?

## Kapitalistische Wirtschaftsführung.

### Stillegungen und Kündigungen ohne Ende.

Köln, 1. Juni. (Mit.) Die Verwaltung der Harpener Bergbau A.-G. hat der gesamten Belegschaft der Zeche „Roland“ (b. Oberhausen) zum 1. Juli gefündigt. Es handelt sich um etwa 1100 Arbeiter und Angestellte. Wie wir dazu erfahren, ist die Stillegung der Zeche „Roland“ deshalb erfolgt, weil die Reichsbahn sich weigert, den Anschlag der Zeche „Roland“ von Oberhausen auf Styrum umzulegen.

## Keine Änderung in englischen Kohlenbergbau.

London, 1. Juni. (W.B.) Heute abend trat das Kabinett zu einer Sonder Sitzung zusammen, in der Baldwin über die von ihm unternommenen Schritte im Zusammenhang mit dem Konflikt im Bergbau, insbesondere über wichtige Besprechungen berichtete, an denen er selbst teilgenommen hat. Trotzdem ist bis Ritternacht keine Mitteilung über eine Änderung der Lage gemacht worden.

## Achtung SPD.-Betriebsfunktionäre!

Der Kämpfer Nr. 5 ist erschienen und kann sofort im Bureau, Lindenstr. 3, abgeholt werden. Wir ersuchen besonders die Vertreter der Mittel- und Kleinbetriebe um Entlohnung. Diese Nummer enthält wichtiges Material zur Bewegung des Volksentscheides. Das Betriebssekretariat.

# Wirtschaft

## Das Ende des norwegischen Kornmonopols.

### Aus Oslo schreibt unser Korrespondent:

Das norwegische Odelsting hat mit 57 gegen 55 Stimmen die Aufhebung des norwegischen staatlichen Kornmonopols beschlossen. Wie schon das Stärkeverhältnis der Abstimmung zeigt, handelte es sich um einen äußerst umstrittenen Beschluß. Die Rechte konnte ihn nur mit zwei Stimmen Mehrheit gegen die Linke und die Arbeiterparteien durchkreuzen.

Der Kampf um das Kornmonopol, das in Norwegen während des Krieges eingeführt wurde, setzte im Jahre 1923 ein. Daß es erst jetzt gelang, die verhasste Einrichtung zu beseitigen, zeugt einerseits von den guten Arbeiten des Monopols, andererseits kommt darin aber auch die Schwierigkeit des norwegischen Ernährungsproblems zum Ausdruck. Für die 2 1/2 Millionen Einwohner Norwegens ist ein produktives Areal von 92 000 Quadratkilometer verfügbar; aber nur ein Zehntel davon, rund 9000 Quadratkilometer, sind für den Anbau von Korn und Kartoffeln geeignet, während der Rest Weide, Wald und Bergwerksboden ist. Dem entspricht, daß Norwegen knapp ein Fünftel des zur Ernährung seiner Bevölkerung notwendigen Brottorns selbst erzeugt. Selbst die größten Optimisten halten eine Steigerung des Ackerbauareals durch eine staatlich unterstützte Siedlungspolitik nur höchstens bis auf 17 000 Quadratkilometer möglich. Eine solche Siedlungspolitik ist denn auch in Norwegen betrieben worden, und zwar hauptsächlich auf Grund der Initiative der Arbeiterparteien und der rechtsstehenden Bauernpartei. So sah z. B. das Budget 1925 für die Neuerrichtung von landwirtschaftlichen Siedlerstellen einen Betrag von 6 Millionen Kronen vor.

Trotz aller Siedlungspolitik wird Norwegen immer ein Korn einführendes Land bleiben. Es handelt sich nur um die Frage, wie das Korn eingeführt werden soll. Die Frage ist keineswegs erst im Kriege brennend geworden. Schon vor dem Kriege hatte sich ein Ring von fünf Ost- und Hamburger Kornimporteuren gebildet, der den gesamten norwegischen Kornhandel an sich riß und Norwegen die Kornpreise diktierte. Als der Krieg die Hamburger Importeure von dem guten norwegischen Geschäft abschnitt und England und Amerika staatliche Garantien dafür verlangten, daß das eingeführte Brotgetreide nicht nach Deutschland wieder ausgeführt wurde, kam ohne viel Widerstände das staatliche Kornmonopol zustande. Auch die Gegner des Kornmonopols geben zu, daß dieses Monopol den Konsumenten Vorteile gebracht hat. Eine einwandfreie Berechnung ergibt z. B., daß das Kornmonopol in der Zeit von 1919 bis 1924 seine Preise im Durchschnitt um 5 Proz. unter dem Weltmarktpreis halten konnte. Die Verbilligung erfaßte besonders das Roggenmehl, das 13 Proz. unter Weltmarktpreis abgegeben, während der Weizen um 2 bis 3 Proz. über Weltmarktpreis gehalten wurde. Mit dem Kornmonopol war aber zugleich ein produktiver Anreiz für die Landwirtschaft verbunden, indem der „Produktionsdirektor“, wie der Leiter des staatlichen Monopols hieß, verpflichtet war, allen in Norwegen gebauten Weizen hief, verpflichtet war, allen in Norwegen gebauten Weizen Roggen zu einem Preis, der sich aus den Produktionskosten plus 5 Proz. errechnete, abzunehmen.

Die norwegische Landwirtschaft hatte so allen Grund, mit dem Monopol zufrieden zu sein. In Wirklichkeit war ja durch das Monopol sowohl den Produzenten wie den Konsumenten geholfen. Die Rechte, die sich auf Industrie und Handel stützte, benutzte aber den angeblich zu niedrigen Zuschlag von 5 Proz. auf die Gesteuerungskosten, um die Bauernpartei für die Aufhebung des Monopols zu gewinnen. Für die Vorteile des Kornmonopols hat die Rechte der Bauernpartei folgende Regelung an: Durch erhöhten Agrarzoll wird den norwegischen Bauern auf Kosten der Konsumenten der Absatz gesichert. Weiter nahm man zugleich mit dem Gesetz über die Aufhebung des Monopols ein „Kornpräferenzgesetz“ an, das für norwegisches Korn Prämien vorsieht. Danach wird der Staat verpflichtet, für jedes Kilogramm Korn, das in Norwegen gebaut wird, dem Produzenten eine Prämie von 4 Öre zu zahlen. Dieser Zuschlag soll dazu dienen, dem norwegischen Bauer sein unter schwersten Kosten und mit vielen Mühen dem schwierigen Boden abgerungenes Korn zu ausreichenden Preisen abzunehmen. Die Kosten der Anbauprämien werden auf 6 Millionen Kronen jährlich geschätzt. Es handelt sich also um ein Kompromiß zwischen Handel und Bauernschaft, das auf Kosten der Konsumenten und der Gesamtwirtschaft geht. Daraus erklärt es sich, daß die Arbeiterparteien geschlossen gegen die Aufhebung des Kornmonopols stimmten. Man kann auch damit rechnen, daß auf Grund der Neuregelung der Kornimporte nach Norwegen wieder in die Hände englischer oder Hamburger Großfirmen fallen wird, die auf den internationalen Kornmarkt besser eingearbeitet sind als die norwegischen Korngeschäfte.

Weltkupferkartell unter amerikanischer Führung. Das lange geplante internationale Kupferkartell dürfte fertig sein. Wie gemeldet wird, soll der Kartellvertrag am 1. Juli in Kraft treten und vorläufig auf ein halbes Jahr laufen. Dem Kartell sind die bedeutendsten Kupferproduzenten Amerikas und Europas angeschlossen (Rio Tinto und die Miami Copper Co. fehlen). Beabsichtigt ist vorläufig nur die Regelung von Angebot und Nachfrage durch die Festsetzung der Preise, keine Kontingentierung der Produktion. Für das Zustandekommen von entscheidender Bedeutung war das Verhalten der deutschen Kupferproduzenten und Verkaufsgesellschaften, von denen Hirsch-Kupfer und der Mansfeld-Konzern bekanntlich die bedeutendsten sind. Leitung soll bei der Copper Export Trading Co., New York liegen, deren Gründung bevorsteht. Coplant sind für Zentraleuropa 7 Verkaufsgesellschaften, wozu die bereits bestehenden Stellen benutzt werden (in Deutschland: A. Herich u. Sohn, Metallgesellschaft, Mansfeld A.-G., Kupfer-Import GmbH, Rönig Kupfer und Blei GmbH. und die deutsche Vertretung der belgischen Union Minière du Haut Katanga). Abrechnungstellen sollen in Brüssel und New York errichtet werden.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Erich Salermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Gators; Kullstons: A. S. Döcker; Lokales und Sonstiges: Fritz Roschdt; Nationen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verleger: Bornhörs-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Giese u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 3.

**Berliner Zahn-Institut**  
Königsstr. 48, gegenüber d. Rathaus, Eing. Hoher Steilweg  
9-12 und 3-7, Sonnabends 9-12  
**Wieder-Eröffnung: 1. Juni**  
unter der früheren bewährten Leitung.  
**Volkstümliche Preise!**  
Gold-Amalgam-Pfombe 2.- | Zähne-Reinigen 1.-  
Silber-Amalg.-Pfombe 1.- | Gold-Krone .. 8.-  
Porzellan/Zahnschmelz 2.- | Gold-Krone, 12kr 16.-  
Patentamtlich geschützt:  
**Neu! Dupla! Neu!**  
Die unzerbrechliche Kautschukplatte, federleicht, verhält alle Vorzüge v. Kautschuk- u. Metallplatte  
Außerdem jeder moderne Zahnersatz bei Veranlassung von nur **erstklassigem** Material.  
Langjährige schriftliche Garantie!  
Schnellste Behandlung! Billigste Preise!

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtaufgabe des „Vorwärts“ und trotzdem billig!

**F. Baer** Spezialhaus für Herren- u. Knabenbekleidung  
Die Maß-Abtlg. unter Leitung bewährter Schneider, bietet Gewähr für eleganten Sitz u. gute Verarbeitung  
Gummi- u. Lodenmäntel  
Sport- u. Berufskleidung  
BERLIN N  
BADSTR. 26  
ECKE PRINZEN-ALLEE  
Große Auswahl in Hüfter-, Leinen-, Tennis- u. sonstiger Sommerkleidung

**Marken-Zigaretten** kaufen Sie am billigsten  
Berlin, Kaiser-Wilhelm-Str. 32  
Versand nach auswärts franco.

**Nagelpflege-Garnituren** Kopp & Joseph  
BERLIN W  
in vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122

**Über 20000 Stück im Gebrauch!**  
Albert Rosenhain's neueste  
Saffianleder-Portemonnaie  
für Herren und Damen  
„Der Schachtel-Tresor“  
für Scheine und Hartgeld  
Geht braun Saffian  
und 20 Pfg. für portofreie Zusendung  
Unser neuer Hauptkatalog Nr. 25  
wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.  
**Albert Rosenhain**  
Berlin SW 19 Leipziger Str. 72-74